

Interessen sind, wenn es um die Beschäftigung mit den Folgen digitaler Medien geht.

Ulrich Sarcinelli

Politische Soziologie

Pally, Marcia. *Die Neuen Evangelikalen in den USA. Freiheitsgewinne durch fromme Politik*. Berlin. Berlin University Press 2010. 353 Seiten. 29.90 €.

Unter der Regierung des Präsidenten George W. Bush konnte außerhalb der USA wohl der Eindruck entstehen, als ob es die fundamentalistisch radikalisierte evangelikale Richtung des amerikanischen Protestantismus gewesen wäre, die für dessen militant-unilaterale Außenpolitik das ideologische Rückgrat geliefert hätte. Die Gleichsetzung von Fundamentalismus und Evangelikalismus stimmte schon unter Bush nicht und ist jetzt vollends überholt, hat sich doch unter dem Eindruck von Bushs Scheitern innerhalb der Evangelikalen eine wesentlich liberalere Richtung durchgesetzt. Mit diesen „New Evangelicals“ befasst sich die an der New York University lehrende Professorin für Multilingual Multicultural Studies Marcia Pally. Sie zeigt, dass der Evangelikalismus historisch auf einen radikal anti-autoritären religiösen Individualismus zurückgeht, der in Anlehnung an den europäischen Pietismus mit der Trennung von Staat und Kirche auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der USA Ernst machen wollte. Ein ausgeprägt soziales Engagement kennzeichnete den Evangelikalismus dann mit Beginn der industriellen Revolution. Die „Bekehrung“ dieser historisch eher nach „links tendierenden religiösen Bewegung zu ausgesprochen

konservativen Positionen“ führt die Verfasserin im Einklang mit der Historiographie dann auf den konservativen „Gegenstoß“ (backlash) der späten sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Durch die Abkehr der zeitgenössischen Protestbewegung von den traditionellen amerikanischen Werten verschreckt, orientierte sich die Mehrheit der Evangelikalen in jenen Jahren jetzt entschieden nach rechts und ging ein immer engeres Bündnis mit der Republikanischen Partei ein, das schließlich die von ihnen traditionell eingeforderte Trennung zwischen Politik und Religion in Frage stellte. In diesem Sog gerieten die verbliebenen liberalen Evangelikalen in eine hoffnungslose Minderheit.

Ein Wandel ist nach der Verfasserin erst unter dem Eindruck der Misserfolge der Bush-Administration eingetreten. Immer mehr Evangelikale seien als „New Evangelicals“ jetzt wieder zu ihrer eigenen eher liberalen politischen Kultur zurückgekehrt. Die Verfasserin widmet ihr Buch – mehr ein Traktat als eine streng wissenschaftliche Untersuchung – den theologischen und praktischen Folgen dieser Rückwendung der „New Evangelicals“ zu einer mehr zum Dialog bereiten, pluralistischer orientierten und toleranteren Einstellung. Diese neue Richtung, so betont sie, lasse auch die Objekte bisherigen evangelikalen Abscheus wie Abtreibung oder Homosexuellen-Ehen in milderem Licht erscheinen, bestehe bei der staatlichen Förderung kirchlich-karitativer und erziehungspolitischer Bestrebungen auf einer klareren Trennung zwischen Staat und Kirche und habe darüber hinaus das sozialpolitische Engagement ihrer Vorgänger erneuert, so dass sich liberal-sozialer

Evangelikalismus und demokratischer Pluralismus jetzt wieder gegenseitig unterstützten. Dem Leser drängt sich die kritische Frage auf, ob diese Wendung nicht einen Reflex auf die Wahlerfolge der Demokratischen Partei darstellte, damit primär politisch und nicht etwa religiös bedingt gewesen ist und so die enge Symbiose von Religion und Politik in Amerika dann doch wieder bestätigt hat.

Die Verfasserin ergänzt ihre (etwas holprig übersetzte und zu sehr dem wörtlichen englischen Sprachgebrauch verhaftete) Darstellung durch die Wiedergabe von Interviews, die sie mit ausgewählten „Kronzeugen“ der Neuen Evangelikalen durchgeführt hat, ohne freilich die Frage nach der repräsentativen Gültigkeit dieser Aussagen zu stellen.

Klaus Schwabe

Politische Ökonomie

Arnold, Lea. *Unabhängige Wirtschaftspolitik. Wissenschaftliche Politikberatung seit 1968 am Beispiel der Fünf Wirtschaftsweisen*. Wiesbaden. VS Verlag 2010. 175 Seiten. 29,95 €.

In dieser Studie fragt *Lea Arnold* nach der politischen Wirkung der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). Der interessierten Öffentlichkeit sind die in diesem Gremium versammelten Ökonomen als die „Fünf Wirtschaftsweisen“ bekannt, die jeweils Mitte November in ihrem Jahresgutachten (JG) über die aktuelle Wirtschaftsentwicklung informieren, Prognosen zur voraussichtlichen Entwicklung abgeben

und darüber hinaus wirtschaftspolitische Empfehlungen an die amtierende Bundesregierung formulieren. Angesichts der Sprachlosigkeit führender Ökonomen nach der jüngsten Wirtschaftskrise wurde in den Wirtschaftswissenschaften intensiv über eine Reform des SVR diskutiert; von kritischer Seite sogar nach dessen Existenzberechtigung gefragt. Im Einleitungskapitel weist *Arnold* auf die kontroverse Debatte über den SVR hin und entwickelt ihre politologische Fragestellung: „Kann der SVR durch eine rationale Politikberatung eine entpolitisierende Wirkung auf die Wirtschaftspolitik in Deutschland entfalten?“ (19)

Ein derartiger Ansatz erinnert an Ludwig Erhards „originäre Idee“ (151) eines unabhängigen Sachverständigenremiums zur Begutachtung der Wirtschaftsentwicklung. *Arnold* stellt dar, wie diese in den 1950er Jahren entstand, 1963 in das „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVRG) einging und 1964 zum ersten JG des SVR führte (54f.). Dabei erinnert sie an die leitenden Motive Erhards, der sich vom SVR „eine tatkräftige Unterstützung seines marktwirtschaftlichen Kurses“ (52) versprach, wobei insbesondere dem „Einfluss von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf den politischen Entscheidungsprozess“ (52) begegnet werden sollte. Damit erweist sich der SVR als zeittypisches Beispiel für das Vertrauen in die Möglichkeit einer „wertneutralen Wirtschaftspolitik“ (17), mit der bis heute ein Glauben an die überlegene Rationalität professoraler Expertise einhergeht.

Die Arbeit ist in fünf Teile gegliedert, aus denen hervorgeht, dass die von der Regierung favorisierte einheitliche